



Fraktion DIE LINKE

TOP:

Lfd.Nr.

Antrag zur Kreistagssitzung**Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend "Einrichtung eines Kreis-Ausländerbeirats"****Beschluss:**

Der Kreisausschuss wird beauftragt einen Ausländerbeirat auf Kreisebene einzurichten.

Der Ausländerbeirat hat ein Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohnerinnen und Einwohner betreffen. Vorschläge reicht er schriftlich bei dem Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf ein. Der Kreis gewährt dem Ausländerbeirat ein Rederecht im Plenum des Kreistages zu allen eingegangenen Vorschlägen.

Der Kreisausschuss wird beauftragt, rechtlich zu prüfen, ob es möglich ist dem Ausländerbeirat auch ein Antragsrecht zu gewähren.

Der Ausländerbeirat beschließt seine Geschäftsordnung (nach § 87 Abs. 3 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO)). Der Ausländerbeirat kann dabei auch über die Namensgebung entscheiden. (z.B. Kreis Migrationbeirat, Kreisbeirat für Integration und interkulturelle Zusammenarbeit)

Begründung:

Im Landkreis Marburg-Biedenkopf leben etwa 25 000 MigrantInnen (10% der Bevölkerung). Eine politisch legitimierte Interessenvertretung gibt es nur noch in der Universitätsstadt Marburg. Selbst in Stadtallendorf ist die Wahl eines Ausländerbeirates nicht zustande gekommen, da es zu wenig Kandidaten für die Wahl gab. Somit gibt es nahezu im gesamten Kreisgebiet keine politische Interessenvertretung der hier lebenden MigrantInnen.

Die sinkende Resonanz und das Nichtzustandekommen einiger Beiräte ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass Ausländerbeiräte oft nicht in die politische Parlamentsarbeit einbezogen wurden und sich die gewählten Vertreter ‚überflüssig‘ fühlten.

Dabei erfüllen Ausländerbeiräte eine wichtige Funktion:

Sie sind die ersten demokratisch gewählten und legitimierten Gremien, die sich für die soziale, politische und kulturelle Gleichberechtigung der Migrantinnen und Migranten eingesetzt haben und ihre Interessen und Anliegen gegenüber der „Regierung“

(Kreisausschuss/Magistrat/Gemeindevorstand) und der Verwaltung vertreten; zwar sind die Ausländerbeiräte nicht ganz unumstritten: Für einige Kritiker stellen sie nur eine Alibifunktion der Politik dar und sollen vom Mitbestimmungsrecht für Ausländer ablenken; selbst einige linke Kräfte lehnen Ausländerbeiräte ab, da sie nur als Zwischenetappe zum Kommunalen Wahlrecht für Ausländer angesehen werden.

Ausländerbeiräte sind aber auch eine Chance: Sie sind nicht nur als Überbrückungsmodell zu einem allgemeinen Wahlrecht für Ausländer anzusehen, sondern auch ein wichtiges Instrument der interkulturellen Zusammenarbeit und Kommunikation.

Dazu müssen sie ihre Funktion als beratendes Gremium wahrnehmen können. Man muss den Beiräten auch in der Öffentlichkeit die Chance geben, gehört zu werden. Die Fraktionen des Kreistags sollten über Vorschläge des Beirats diskutieren. Die besonderen Interessen hier lebender Migranten und Migrantinnen werden bislang auf Kreisebene nur unzureichend wahrgenommen. Probleme mit der Ausländerbehörde, der deutschen Kultur und Sprache oder die Handhabung des Ermessenbescheides (das Verfahren der Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis) unter dem viele MigrantInnen zu leiden haben, sind vielen Deutschen unbekannt. Eine höhere Aufmerksamkeit für bestehende Probleme kann auch zu einem besseren gegenseitigen Verständnis führen und der Bildung von ‚Sub-Kulturen‘ und Parallelgesellschaften entgegenwirken.

Der Kreis sollte mit der Einrichtung eines solchen Gremiums deutlich machen, dass er sich für die Mitbestimmung aller BürgerInnen im Landkreis einsetzt.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

gez.

Anna Hofmann
(Fraktionsvorsitzende)

Bernd Hannemann
(Kreistagsabgeordneter)